

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 24. November 1972

Nr. 2948

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Gemeinderat

Lokal:

Zehn Millionen für Odescalchi-Schmuck

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche

Keine Bauarbeiten in der Linzer Straße

Weihnachtsbaum verspätet eingetroffen

Kulturdienst: Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden"

Franz Robert Arnold zum Gedenken

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240



l o k a l :

=====

zehn millionen fuer odescalchi-schmuck

4 wien, 24.11. (rk) einen bruttoertrag von mehr als 10 millionen schilling - wie die ''rathaus-korrespondenz'' noch gestern abend ueber die apa mitteilte - erbrachte die versteigerung des odescalchi-schmuckes, die donnerstag vom londoner versteigerungshaus sotheby in zuerich durchgefuehrt wurde.

die 1962 verstorbene fuerstin odescalchi hatte ihr gesamtes vermoegen der stadt wien unter der auflage vermacht, es zugunsten armer wiener kinder zu verwenden.

ein grundstueck in kitzbuehel konnte bereits vorige woche, wie gemeldet, um acht millionen schilling verkauft werden. nun stand der aus fuenfzehn einzelstuecken bestehende schmuck zur versteigerung. das versteigerungshaus hatte einen erloes von sechs millionen garantiert. tatsaechlich wurden 1,648.800 schweizer franken erzielt, das sind mehr als zehn millionen schilling. davon gehen allerdings noch etwa elf prozent fuer provisionen, versicherung und gebuehren ab. die kaeufer waren haendler aus england und den usa. besonders hoch stieg ein armband mit fuenf blauen diamanten, das um 540.000 franken gekauft wurde.

den erloes fuer das grundstueck und den schmuck wird das wohlfahrtsamt der stadt wien erhalten. stadtraetin maria j a c o b i wird fuer die widmungsgemaesse verwendung des betrages sorgen.



geehrte kulturredaktion

3 wien, 24.11. (rk) kommenden freitag, den 1. dezember, wird vizebuengermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r die vertreter der presse durch die diesjaehrige ausstellung ''das gute bild fuer jeden'' (die eroeffnung findet um 15 uhr statt) fuehren. die ausstellung findet heuer zum 23. mal statt.

sie werden herzlich eingeladen, fotoreporter und bericht-erstatte zu dieser pressefuehrung zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: freitag, 1. dezember, 10 uhr.

ort: secession, 1, friedrichstrasse 12.

0903

L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

wasserrohrverlegung in der linzer strasse

6 wien, 24.11. (rk) montag kommender woche beginnen in der linzer strasse im 14. bezirk, im abschnitt zehetnergasse - hochsatzengasse, rohrverlegungsarbeiten der wiener wasserwerke. deshalb muss die linzer strasse in diesem bereich, mit ausnahme der strassenbahn, fuer den durchzugsverkehr gesperrt werden. die umleitung in beiden richtungen erfolgt ueber die huetteldorfer strasse. die gesamte baudauer wird fuenf monate betragen. ebenfalls montag, und zwar im laufe des vormittags, wird die umfahrung bei der baustelle fuer den autobahnverteilerkreis favoritenstrasse fuer den verkehr freigegeben werden.

1042



Kommunal:Wiener Gemeinderat:Debatte über den Hochwasserschutz  
=====

Wien, 24. 11. (RK) Zu einer Grundsatzdebatte über das in Bau befindliche Hochwasserschutzprojekt kam es am Freitag im Wiener Gemeinderat, als Planungsstadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) die Ausschreibung des Städtebaulichen Ideenwettbewerbes zur Gestaltung der künftigen Donauinsel beantragt hatte. Nach mehr als zweistündiger, zum Teil lebhafter Diskussion mit zahlreichen Zwischenrufen, wurde dieser Antrag schließlich mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen.

Hofmann erinnerte an einen Beschluß der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission, die einstimmig für die Durchführung dieses Wettbewerbes votiert hatte. Er führte ferner aus, daß man im Gegensatz zur Donauregulierung vor hundert Jahren diesmal nicht den Fehler wiederholen wolle, bloß ein wasserbautechnisch korrektes Projekt zu verwirklichen, sondern eben auch Rücksichten auf die natürlichen Gegebenheiten und auf die städtebaulichen Chancen nehmen wolle. So werde das Hochwasserschutzprojekt der Stadt Wien dazu beitragen, durch die Stabilisierung des Grundwassers nicht nur die Alte Donau, sondern auch die noch vorhandenen Auen zu erhalten, kurzum, es werde den ökologischen Bedürfnissen Rechnung getragen. Der Wettbewerb sei zudem so ausgeschrieben, daß auch die angrenzenden Stadtteile, also nicht bloß die Insel allein, berücksichtigt würden. Was die Gestaltungsmöglichkeiten der Insel betreffe, so habe die Planungskommission sich auf eine Negativliste geeinigt, in der jene Nutzungen enthalten sind, die unerwünscht seien: die Industriean siedlung, andere störende Anlagen oder Verkehrserreger, die nicht durch den Massenverkehr bewältigt werden können. Der Wettbewerb werde natürlich in Übereinstimmung zwischen Bund und Gemeinde durchgeführt. Seine Kosten würden 12 Millionen S betragen.

In der Debatte sprach sich als erster Redner GR Müller (DFP) gegen den Antrag aus und verlangte sogar dessen Absetzung. Dr. Hirnschall (FPÖ) wies darauf hin, daß beim Grundsatzbeschluß über



das Hochwasserschutzprojekt im September 1969 noch keine Rede davon gewesen sei, die Erholungsgebiete zu bewahren. Es habe sich also seither ein grundsätzlicher Wandel in den Ansichten gezeigt, und man müsse sich auch mit Bürgerinitiativen in dieser Richtung auseinandersetzen. Da schwerwiegende Bedenken über die Folgen für die biologischen und klimatischen Verhältnisse im Zuge dieser Diskussion laut geworden seien, verlangte Hirnschall eine wissenschaftlich einwandfreie Klärung und beantragte die Einholung von Gutachten durch zwei Hochschulinstitute zu diesem Fragenkomplex. Die Donauinsel selbst bezeichnete der Redner als besser als das bisherige Inundationsgebiet.

GR. Wiesinger (SPÖ) markierte als nächster Redner bereits die Konfrontation in dieser Debatte: Der Hochwasserschutz sei kein Politikum, sondern vor allem für die Floridsdorfer eine Existenzfrage. Es dürfe nur das Projekt der Stadt Wien ausgeführt werden, weil es das beste sei. Das Alternativprojekt des Bundesstrombauamtes erfülle hingegen nicht alle Anforderungen, weil eine bloße Erhöhung und Verstärkung der Dämme zu einer Vermehrung der sogenannten Drängewässer (also der erhöhte Druck des Grundwassers) führen würde. Die Insel selbst sei eigentlich nur ein angenehmes Nebenprodukt des Hochwasserschutzes. Die ÖVP sei offenkundig nur deswegen gegen dieses Vorhaben, weil es von der SPÖ befürwortet werde.

Der Sprecher der ÖVP, GR Neusser, bezichtigte Wiesinger, er habe wieder besseres Wissen gleich einem Superprofessor gesprochen. Eine Kommission von Fachleuten habe seinerzeit die beiden Projekte als gleichwertig eingestuft. Seine Fraktion sei beim Grundsatzbeschluß im Jahr 1969 deshalb für das Projekt des Bundesstrombauamtes eingetreten, weil es den gleichen Schutz bei erheblich geringeren Kosten und einer wesentlich kürzeren Bauzeit erbracht hätte. Die Zustimmung zum Wettbewerb für die städtebauliche Gestaltung der Insel sei tatsächlich in der Planungskommission gegeben worden, doch habe die ÖVP diese Zustimmung nun deshalb zurückgezogen, weil inzwischen wegen der Inflation Baubremsen verlangt worden seien. Beim Straßen-, Schulen- oder Wohnungs- oder U-Bahnbau seien jedoch Kürzungen undenkbar. Seiner Meinung nach sei jedoch die Donauinsel keine vordringliche Aufgabe. Daher könnte hier eine



Baubremse angezogen werden. Hätte man sich 1969 für das billigere aber gleichwertige Schutzprojekt entschieden, würde Wien im kommenden Frühjahr bereits über einen ausreichenden Hochwasserschutz verfügen.

Die beiden nächsten sozialistischen Debattenredner, die Gemeinderäte Bednar und Ing. Hofstetter, sprachen sich vehement gegen das Alternativprojekt und für das Vorhaben der Stadt Wien aus: Eine Erhöhung der Dämme hätte die Donaulandschaft gleichsam in einen Kanal verwandelt und damit große Nachteile für die Stadtentwicklung mit sich gebracht. Im Interesse der Sicherheit der 350.000 Menschen und 9.000 Betriebe, die in dem gefährdeten Gebiet von 65 Quadratkilometer in Wien ansässig seien, dürften keinerlei Experimente gemacht werden. In der Planungskommission des Jahres 1963 sei das generelle Projekt der Stadt einstimmig gutgeheißen worden und die Wiener ÖVP habe in ihrem Wahlprogramm 1964 die Schaffung von neuen Erholungsgebieten an der Donau begrüßt. Diese sei aber eben nur durch die Donauinsel möglich. Ein "Umsteigen" auf das Bundesprojekt sei nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen unmöglich, sondern auch deshalb, weil ja bereits 600 Millionen S mit den Stimmen der ÖVP genehmigt worden seien und die Arbeiten begonnen hätten.

Auch über die Kostendifferenzen zwischen beiden Projekten kam es zu einer Diskussion, wobei sich GR. Neusser (ÖVP) noch einmal zu Wort meldete. Dabei wurde auch auf die von der Stadt dem Straßenbau zur Verfügung gestellten Gelder beziehungsweise die Bundesstraßenmittel eingegangen. Auch hier gab es eine klare kontraversielle Auffassung zwischen den beiden großen Fraktionen, wobei auch Tiefbaustadtrat Heller (SPÖ) in die Debatte eingriff.

In Schlußwort meinte Stadtrat Ing. Hofmann, die Debatte sei so verlaufen, als stünde ein Wahlkampf bevor. Bei der Beschlußfassung gehe es ja nicht um ein Bauprojekt, sondern um einen Wettbewerb. Hofmann sprach sich für den Abänderungsantrag der FPÖ unter der Bedingung aus, daß diese Gutachten der Wettbewerbsjury und den Organen der Stadtverwaltung vorgelegt würden. Hirnschall stimmte dieser Modifikation zu.

Bei der Abstimmung wurde der Gegenantrag der DFP verworfen, und die Durchführung des Wettbewerbes von SPÖ und FPÖ ebenso wie der Zusatzantrag der FPÖ beschlossen.



### Wehre für Entlastungsgerinne

Ein zweiter Beschluß über die Umgestaltung der Donau betraf drei Wehre im Entlastungsgerinne, für die von SPÖ und FPÖ 412.000 Schilling genehmigt wurden. GR. Gratzl (SPÖ) verwies darauf, daß im Ausschuß auch die ÖVP für diesen Antrag gestimmt hatte.

### Drei Beschlüsse über U-Bahn-Bau

Einstimmig faßte der Gemeinderat drei Beschlüsse über den U-Bahn-Bau. Als erstes wurden 1.220 Millionen Schilling für den fünften Bauabschnitt, die Linie U 4 zwischen Schwedenplatz und Rossauer Lände, genehmigt. Sowohl Stadtrat Nekula (SPÖ) als auch GR. Prof. Wolfram (FPÖ) als einziger Debattenredner wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die Stadtbahn zur U-Bahn umzubauen und dabei den Stadtbahnbetrieb aufrecht zu erhalten.

Stadtrat Heller (SPÖ) begründete die Erhöhung der Kosten für den ersten Bauabschnitt, die Linie U 1 zwischen Stock im Eisen-Platz und Paulanergasse, um 384 Millionen auf 1.438 Millionen Schilling vor allem mit den Lohn- und Preiserhöhungen, die 268 Millionen ausmachen. Dazu kommen unvorgesehene Erschwernisse und einige Erweiterungen des ursprünglichen Projektes (Ladenstraße zwischen Karlsplatz und Opernpassage, Westpassage zur Secession). GR. Arthold (ÖVP) warf der Stadtverwaltung mangelhafte Planung und Baukoordinierung vor. Der U-Bahn-Bau sei schon zwei Jahre im Rückstand, die Baubremse solle jetzt den Zeitverlust kaschieren. Stadtrat Heller erwiderte, er hoffe noch immer, daß 1977 die U 1 den Betrieb werde aufnehmen können. Genaues werde man aber erst nach einem zuverlässigen Überblick über den besonders schwierigen Bauabschnitt Stephansplatz-Nestroyplatz mit der Unterquerung des Donaukanals sagen können.

Für diesen schwierigsten Bauabschnitt der U-Bahn wurden sodann 2.663 Millionen Schilling einstimmig genehmigt. Wie Stadtrat Heller (SPÖ) mitteilte, umfaßt dieser Bauabschnitt außer den 1.470 Meter der U 1 auch Anschlußstücke an die U 3 (Singerstraße 3 bis Pestsäule) und die U 4 von zusammen 745 Meter. Einige Fragen seien noch zu klären. Vor allem seien die bisherigen Versuche, die Schwemmsandlinse unter dem Donaukanal mit



chemischen Mitteln zu binden, erfolglos gewesen, so daß der Donaukanal vermutlich in offener Baugrube überquert werden müsse. GR. Dr. Tuma (DFP) lobte, daß die Wiener U-Bahn nicht nur schnell, sondern auch sicher und mit möglichst geringer Belästigung der Bevölkerung gebaut werde. Die rechtlichen Grundlagen seien allerdings veraltet, eine Modernisierung der Verfassung, der Geschäftsordnung und der Haushaltsordnung dringend notwendig.

### Theater, Landwirtschaft, Industrie

412.000 Schilling wurden auf Antrag von GR. Glaser (SPÖ) für Düngeversuche mit Klärschlamm, wie er in der Großkläranlage anfallen wird, einstimmig genehmigt. GR. Dr. Strunz (ÖVP) beantragte eine Untersuchung, ob dieser Klärschlamm erhebliche Mengen an krebserregenden Substanzen enthalte, die vor allem vom Kraftfahrzeugverkehr in die Straßenabwässer gelangten. Dieser Antrag wurde einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Einstimmig wurden Nachtragssubventionen von 4,653.000 Schilling zur Deckung des Abgangs im Volkstheater (1,430.500 S), Theater in der Josefstadt (1,910.000 S) und Raimundtheater (1,312.500 S) genehmigt. GR. Prof. Wolfram (FPÖ) kritisierte einen sprachlichen Fehler im Antrag, Berichterstatterin GR. Hermine Fiala (SPÖ) stimmte dieser Kritik zu.

Stadtrat Schweda (SPÖ) beantragte 135,5 Millionen Schilling für die weitere Aufschließung von fünf Industriegebiete.

GR. Dr. Goller (ÖVP) kritisierte, daß die Kosten für Ankauf und Aufschließung der Aldergründe mit 544 Schilling pro Quadratmeter zu hoch seien. Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ) stellte fest, daß schon Angebote von 800 und 900 Schilling für diese Gründe vorlägen. Die beantragten Beträge wurden einstimmig genehmigt.

### Keine Belastung durch Kommunalgebühren

GR. Busta (SPÖ) beantragte die Anpassung der Wasser-, Kanal- und Müllabfuhrgebühren an das Umsatzsteuergesetz 1972 (Mehrwertsteuer) und hob hervor, daß dadurch keinerlei Belastung der Endverbraucher eintritt. Auch nicht beim Gewerbetarif für Wasser, wo durch den Vorsteuerabzug sogar eine Verbilligung eintritt.



GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) wies darauf hin, daß aus dem Titel der Mehrwertsteuer im kommenden Jahr Kostenerhöhungen von 500 Millionen Schilling für die Stadtverwaltung zu erwarten seien. So erfreulich die Zurückhaltung der Stadt bei diesen Kommunalgebühren sei, müsse doch der Gesamtkomplex baldigst geklärt werden; nämlich die Frage, ob auch Eintrittsgebühren für Kulturveranstaltungen, die Verkehrstarife oder die Kosten für soziale Aktionen steigen werden. Die heutige Maßnahme sei ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen.

GR. Paulas (SPÖ) versicherte, daß sich die Stadtverwaltung auch bei den anderen Tarifen sehr zurückhalten werde. Der Verzicht auf 39 Millionen Schilling bei der Anpassung der genannten Kommunalgebühren sei ein großzügiger Beitrag zur Stabilisierung, dem auch die Wiener Wirtschaft durch genaueste Kalkulation bei der künftigen Steuerreform folgen sollte.

GR. Busta unterstrich im Schlußwort, daß Österreich mit seiner Preissteigerungsrate noch immer im unteren Drittel der europäischen Statistik liege und sich im übrigen dem Mehrwertsteuersystem in Europa anpassen müsse.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -



l o k a l :

=====

keine bauarbeiten in der Linzer strasse

14 wien, 24.11. (rk) die bauarbeiten in der Linzer strasse - wie die ''rathaus-korrespondenz'' soeben erfahrt - finden nicht statt. die rohrverlegungsarbeiten der wiener wasserwerke, die montag haetten beginnen sollen, wurden auf unbestimmte zeit verschoben.

1545



L o k a l :

=====

## weihnachtsbaum verspaetet eingetroffen

15 wien, 24.11. (rk) vor der remise rudolfsheim traf freitag mit genau einstuendiger verspaetung der 14. bundeslaender-weihnachtsbaum fuer wien ein. namens des spenderlandes burgenland bat landeskulturreferent hofrat dr. j a n d r a s i t s um nachsicht fuer das verspaetete eintreffen, das durch einen kleinen "unfall" verursacht worden war. die fichte aus unterrabnitz war bei einem bremsmanoever aus dem gleichgewicht geraten und hatte das fuehrerhaus beschaedigt. das hatte einen laengeren aufenthalt zur folge. jandrasits ueberbrachte die gruesse des burgenlandes, das mit grosser freude und bereits zum zweitenmal den wiener weihnachtsbaum gespendet hatte.

vizebuergemeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r dankte namens der bundeshauptstadt fuer das geschenk und lud nicht nur die zahlreich erschienenen zuschauer, sondern alle wiener ein, am 6. dezember die illuminierung des baumes auf dem rathausplatz mitzuerleben.